

Referatsleiter/in:
Bearbeiter/in:



Frau Ministerin über: Frau Staatssekretärin

im Hause

Aktion „Topf-Secret“

Schreiben der DEHOGA Thüringen vom 18. Februar 2019 („Informationen nach dem Verbraucherinformationsgesetz“)

In Ihrem Schreiben vom 18. Februar 2019 wendet sich der DEHOGA (Deutscher Hotel- und Gaststättenverband) e. V. an das TMASGFF mit der Bitte „*die jüngste Initiative von Foodwatch und FragDenStaat zu prüfen*“. Bei dieser Initiative handelt es sich um die Plattform „TopSecret“, welche von Foodwatch und FragDenStaat ins Leben gerufen wurde. Nach Aussage der Initiatoren sollen mit Hilfe der Plattform Verbraucherinnen und Verbrauchern auf Basis des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) die Ergebnisse von Hygienekontrollen in Restaurants, Bäckereien und anderen Lebensmittelbetrieben abfragen können und bei Erhalt einer Antwort in Form eines Kontrollberichtes diesen anschließend auf der Plattform veröffentlichen. Die Organisatoren wollen hiermit ihrer Forderung nach mehr Transparenz in der Lebensmittelüberwachung Nachdruck verleihen. Aus Sicht der DEHOGA bedürfe es insbesondere einer rechtlichen Würdigung, wenn Kontrollberichte der Lebensmittelüberwachung durch eine Behörde an Dritte weitergeben und dann durch diese Dritten schließlich veröffentlicht werden. In dem mehrseitigen Dokument des DEHOGA beschreibt der Verband die aus seiner Sicht bestehende Diskrepanz zwischen den Veröffentlichungen nach § 40 Abs. 1a des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches (LFGB) und der durch die Initiative „TopfSecret“ auf Basis des VIG angefragten Informationen und deren angedachter Veröffentlichung von Kontrollberichten.

Eine Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1 a LFGB findet durch die zuständige Behörde dann statt, wenn eine Überschreitung von gesetzlich festgelegten Höchst- oder Grenzwerten festgestellt wurde oder wenn der Lebensmittelunternehmer in nicht nur unerheblichem Maße oder wiederholt gegen Vorschriften zum Schutz der Verbraucher vor Gesundheitsgefährdung oder Täuschung oder gegen Hygienevorschriften verstoßen hat. § 40 Abs. 1a stellt also eine aktive staatliche Informationsgewährung da. Die hier zur Rede stehende Abfrage von Informationen auf Basis des VIG stellt hingegen eine antragsveranlasste individuelle Einsichtsgewähr da.

Der DEHOGA argumentiert in seinem Schreiben weiterhin wie folgt:

§ 40 Abs. 1a Nr. 2 LFGB ermächtigt ausschließlich die zuständige Behörde zur Veröffentlichung von Hygienemängeln unter den im Gesetz genannten Voraussetzungen.

Durch die Initiative „Topf Secret“ werde dagegen angedacht, dass Verbraucher die Kontrollberichte durch Hochladen auf die Plattform für alle anderen Verbraucher einsehbar machen.

Weder Foodwatch bzw. FragDenStaat als juristische Personen noch die Verbraucher als natürliche Personen sind nach Ansicht des Verbandes zur Veröffentlichung der Kontrollergebnisse berechtigt, da es sich bei diesen Vereinen bzw. den Verbrauchern nicht um die laut Gesetz zuständigen Behörden handelt. Eine Veröffentlichung der Kontrollergebnisse wäre somit laut dem DEHOGA eine rechtswidrige Kompetenzzanmaßung staatlicher Befugnisse seitens der Vereine bzw. seitens der Verbraucher.

In Bezug auf diese Argumentation ist auf einen Beschluss des VG Regensburg vom 15. März 2019 im vorläufigen Rechtsschutzverfahren in Zusammenhang mit einer Anfrage über die Plattform „Topf Secret“ hinzuweisen. Dort wurde einem Eilantrag gegen die Herausgabe auf Informationen nach dem VIG stattgegeben. Das VG Regensburg begründet dies mit mehreren zu klärenden Rechtsfragen, die im Eilverfahren nicht geklärt werden könnten, insbesondere hinsichtlich eventueller Rechtsmissbräuchlichkeit eines über die Plattform „Topf Secret“ gestellten Antrags, einer unzulässigen Umgehung des § 40 Abs. 1a LFGB und der Verfassungsmäßigkeit des VIG im Lichte der Entscheidung des BVerfG vom 21. März 2018 zu § 40 Abs. 1a LFGB. In dem Beschluss führt das VG Regensburg u.a. aus:

„Es stellt sich aber gerade in vorliegender Fallgestaltung die Frage, ob die staatliche Informationsweitergabe an einen Antragsteller, der seinen Antrag über die Plattform „Topf Secret“ stellt, aufgrund der zu erwartenden Veröffentlichung auf der Plattform in ihren Auswirkungen nicht einer unmittelbaren staatlichen Information sehr nahe kommt, wobei auch zu berücksichtigen ist, dass der Staat - im Gegensatz zu einer eigenen Veröffentlichung der Informationen im Internet, vgl. § 6 Abs. 1 Satz 3 VIG - nach Herausgabe der Informationen an den Antragsteller auf den öffentlichen Kommunikationsprozess auf der von foodwatch/FragDenStaat betriebenen Plattform gerade nicht mehr einwirken kann und durch die Veröffentlichung der behördlichen Schreiben bzw. Bescheide beim Leser der Eindruck eines behördlichen Informationshandelns entstehen kann. Insofern müsste geprüft werden, ob in vorliegender Konstellation nicht ein wichtiger Grund i. S. d. § 6 Abs. 1 Satz 2 VIG gegeben ist, der dazu führt, dass man den Antragstellern, die ihren Antrag erkennbar über die Plattform „Topf Secret“ stellen, die streitgegenständlichen Informationen gerade nicht durch Übersendung der Kontrollberichte, sondern im Rahmen von Akteneinsicht oder durch Auskunftserteilung, die schon dem Wortlaut nach gerade nicht auf die bloße Übersendung der Kontrollberichte beschränkt ist, zugänglich macht.“

Das VG Regensburg bringt gleichzeitig deutlich zum Ausdruck, dass die Rechtsfragen nur im Hauptsacheverfahren geklärt werden können und die Erfolgsaussichten dort als offen zu bewerten sind (also weder offensichtliche Rechtswidrigkeit noch offensichtliche Rechtmäßigkeit des angefochtenen Bescheides).

Den zuständigen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern in Thüringen wurden vom TMASGFF am 4. Februar 2019 Hinweise/Empfehlungen zum Umgang mit VIG-Anfragen über die Online-Plattform „Topf Secret“ gegeben.

Um die von der Plattform „Topf Secret“ ausgehende Systematik und den von den Betreibern der Plattform dort kund gemachten Wunsch der Veröffentlichung der Kontrollberichte auf der Plattform zu berücksichtigen, wurde den zuständigen Behörden in diesen Hinweisen empfohlen, einen Hinweis in den Bescheid aufzunehmen, wonach die Verantwortung für eine etwaige Veröffentlichung und daraus folgende juristische Folgen allein beim Antragsteller liegt. Der o. g. Gerichtsbeschluss zeigt, dass die genannten Hinweise/Empfehlungen fortlaufend evaluiert und aktuellen Entwicklungen ggf. im erforderlichen Umfang angepasst werden müssen. Ein zwingender Anpassungsbedarf aufgrund des Gerichtsbeschlusses aus Bayern wird nach erster Prüfung nicht gesehen.

Im vorletzten Absatz seines Schreibens schreibt der DEHOGA: *„Es kann und darf nicht im Interesse des Staates sein, dass auf diese Art und Weise Gastronomen und auch andere Lebensmittelunternehmer an den medialen Pranger gestellt werden und Existenzen sowie Arbeitsplätze so leichtfertig vernichtet werden können.“*

Es wird nicht verkannt, dass im Hinblick auf die Ermessensspielräume des VIG die schützenswerten Rechtspositionen der betroffenen Unternehmen und das öffentliche Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an der Informationserteilung stets sorgfältig abzuwägen sind. Daher möchte ich abschließend anmerken, dass den Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern in den in Rede stehenden Fällen u. a. auch empfohlen wurde, den betroffenen Lebensmittelunternehmer trotz grundsätzlich bestehender Abweichungsmöglichkeit im VIG anzuhören. Gleichzeitig wurden die Ämter auf die besonderen Pflichten im Rahmen

der Antragsbearbeitung gegenüber dem betroffenen Lebensmittelunternehmer nach § 5 Abs. 2 Satz 4 und Abs. 4 VIG hingewiesen.

Abteilung 5 schlägt den beigefügten Entwurf (**Anlage 1**) für ein Antwortschreiben an den DEHOGA vor.



Anlagen:

1. Antwortentwurf an DEHOGA
2. Beschluss des VG Regensburg vom 15. März 2019 (Anlage 2)
3. Hinweise/Empfehlungen des TMASGFF vom 4. Februar 2019 (Anlage 3)